Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Speech
Kiel, 21.01.2004

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Weitere GA-Mittel für die von Truppenreduzierung betroffenen Regionen

Bereits durch frühere Bundeswehrreformen hat Schleswig-Holstein in der Zeit von 1991 bis 1999 rund 27.500 Dienstposten verloren. Dabei waren - in absoluten Zahlen insbesondere die Städte Kiel und Flensburg vom Truppenabbau betroffen. Dazu werden durch das Ressortkonzept Stationierung, das Anfang 2001 beschlossen wurde, weitere 4.800 Dienstposten vor allem in den ländlichen Regionen des Landes wegfallen. Aus noch nicht vollzogenen Strukturmaßnahmen früherer Stationierungskonzepte werden in Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren zusätzlich 3.600 Dienstposten abgebaut.

In dem vom SSW angeforderten Bericht über den Abbau öffentlicher Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein wurde deutlich, dass der nördliche Landesteil überproportional von diesem Arbeitsplatzabbau betroffen wurde. Die Landesregierung reagierte auf diese Entwicklung in 2001 mit einem Konversionsprogramm, das sich durch Mittel aus dem Regionalprogramm 2000, der GA-Förderung und aus EU-Mitteln zusammensetzt. Dieses Programm hat seitdem zu vielen guten Projekte in den Konversionsstandorten geführt. Aber der Arbeitsplatzverlust konnte nirgendwo wirklich ausgeglichen werden.

Am Anfang diesen Jahres erreichte uns dann eine neue Hiobsbotschaft vom Bundesverteidigungsminister. Mit seiner Entscheidung vom 23. Mai 2003, das

Marinegeschwader 2 in Tarp/Eggebek aufzulösen, werden weitere 1,800 militärische und zivile Dienstposten abgebaut. Damit wurde die gesamte Region um Tarp/Eggebek in eine Existenzkrise gestürzt. Denn natürlich ist die regionale Wirtschaft vor Ort sehr stark von diesen vielen Arbeitsplätzen abhängig, und der Kaufkraftverlust wird negative wirtschaftliche Folgen haben.

Das gleiche kann man für andere Bundesstandorte in unserer Region voraussagen. Denn die neuesten Pläne von Verteidigungsminister Struck zur Neustrukturierung der Bundeswehr lassen ebenfalls nichts Gutes erahnen. Besonders der Marinestützpunkt Olpenitz in Kappeln ist scheinbar in großer Gefahr, langfristig geschlossen zu werden. Für die 10.000 Einwohner-Stadt Kappeln würde dies ein Kaufkraftverlust von bis zu 15 Mio. Euro und dazu den Verlust von 1.800 Marinesoldaten und 250 Zivilbeschäftigten bedeuten. Jeder kann sich vorstellen, welche katastrophalen Folgen dies für eine kleine Stadt haben wird.

Bei diesen Bundeswehrreformen trägt der Bund also die regionalpolitische Verantwortung. Umso unerträglicher ist es, dass sich die Bundesregierung aus der GA-Förderung herausziehen will und kein eigenes Konversionsprogramm für die betroffenen Regionen auferlegt hat. Der SSW unterstützt weiterhin die Forderung der CDU nach weiteren GA-Mittel für die vom Truppenabbau betroffenen Regionen. Allerdings muss auch die Landesregierung ihren Einsatz bei den Konversionsmaßnahmen verstärken. Denn die Ausgangslage hat sich seit Beginn des Konversionsprogramms in 2001 weiter verschlechtert.

Der SSW fordert, die strukturpolitischen Maßnahmen des Landes auf die Konversionsstandorte zu konzentrieren. Dazu sollte der Mittelkorridor des Regionalprogramms 2000 für Konversionsmaßnahmen, der jetzt ca. 30 Mio. Euro beträgt, erhöht werden. Auch der 3-prozentige Zuschlag in der Förderhöhe für Projekte der Konversionsstandorte reicht im Vergleich zu den Fördermöglichkeiten der neuen Bundesländer überhaupt nicht aus. Hier muss die Landesregierung die Förderanreize für neue Unternehmen in der GA verstärken und überlegen, inwieweit die Förderquote für die vom Truppenabbau betroffenen Regionen erhöht werden kann.

Allerdings helfen diese Maßnahmen alle nicht, wenn sich der Bund nach 2005 ganz aus der GA-Förderung herauszieht. Auch auf diesem Schlachtfeld müssen wir alle um in der Militärsprache zu bleiben - gemeinsam in die Schlacht ziehen, um unsere Forderungen zum Wohle Schleswig-Holsteins durchzusetzen.